Streik-Info Nr. 2

SIND UNSERE FORDERUNGEN REALISIERBAR?

Die Regierung in Bonn ist angetreten mit dem Versprechen der "inneren Reformen", unter denen die Bildung Priorität erhalten sollte. Die Hamburger SPD/FDP-Regierung unterstützt die Bonner Beschlüsse, auch in Hamburg soll vorrangig das Bildungswesen reformiert und erweitert werden. Dennoch sehen wir, daß die Bonner Bildungsplaner ihr Konzept immer mehr zusammenstreichen müssen, daß in Hamburg nun bereits in vier Fächern der Numerus Clausus eingeführt ist (Medizin, Zahnmedizin, Psychologie, Pharmazie). In vielen anderen Fächern, so in Erziehungswissenschaft, herrscht eine Überfüllung, die ein vernünftiges Studium unmöglich macht und somit einem Numerus Clausus stark ähnelt. Die Begründung für diese Rückzüge und Mißstände ist immer die gleiche: es fehlt an Geld.

Wie ist dieser Widerspruch zwischen Wollen und Können zu erklären?

Wir müssen davon ausgehen, daß die Reformen, insbesondere die Bildungsreform, notwendiger Bestandteil der Anpassung aller gesellschaftlichen Bereiche an die Erfordernisse der Weiterentwicklung der Produktion sind. Die Zeit der expansiven wirtschaftlichen Entwicklung (Wiederaufbau, "Wirtschaftswunder") ist vorbei. Die intensive Ausweitung der Produktion erfordert vor allem Steigerung der Produktivität, dies wiederum stellt Anforderungen an die Arbeitskräfte, die von der bisherigen Ausbildung nicht erfüllt werden. Ein weiteres Problem, das sich aus der Weiterentwicklung der Produktion ergibt, ist die Bewältigung des raschen technischen Fortschritts, der wissenschaftlich- technischen Revolution, d.h. die immer stärkere direkte Einbeziehung der Wissenschaft in den Produktionsprozess. Die Bewältigung der wissenschaftlich- technischen Revolution ist eine Aufgabe, die sich nicht nur in den kapitalistischen, sondern auch in den sozialistischen Ländern stellt. Voraussetzung zur Bewältigung ist die Disponibilität der Arbeitskräfte, deren Voraussetzung wiederum eine breite Allgemeinbildung ist, die einen mehrfachen Wechsel des Arbeitsplatzes ermöglicht. Das sozialistische Bildungssystem bietet bereits heute diese Voraussetzungen. In der Systemkonkurrenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird die Bildung zu einem immer wichtigeren Faktor. Trotzdem gibt es immer noch Politiker, insbesondere solche der CDU/CSU, die behaupten, es sei billiger, die Arbeitnehmer von Fall zu Fall neu anzulernen, da die Arbeitsaufgaben in ihrem Umfang sowieso sehr begrenzt seien. Dieser Widerstand gegen eine Reform von Bildung, Ausbildung und Erziehung hat zwei Gründe: 1. Bildungsinvestitionen sind langfristige Investitionen und wirken sich erst nach ca. 20 - 30 Jahren aus und widersprechen damit den kurzfristigen Profitinteressen. 2. Eine bessere Bildung schafft die Voraussetzungen für ein besseres Verständnis der Gesellschaft und der ihr zugrunde liegenden Machtverhältnisse sowie zur Einsicht in die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze und damit zur aktiven Teilnahme am Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Wessen Interessen vertritt nun die SPD/FDP- Regierung? Sie vertritt die Interessen derjenigen Teile der Herrschenden, die bereits erkannt haben, daß es nicht nur darauf ankommt, kurzfristige Maximalprofite zu erzielen, sondern auch die Herrschaft des Kapitals langfristig zu sichern.

Dies kann einerseits durch 'Reformen' geschehen, die alle gesellschaftlichen

91115

noch direkter unter den Einfluß der Industrie bringen, oder aber andereseits durch die faschistische Formierung der gesamten Gesellschaft, wie sie etwa von Strauß, Barzel und v.Thadden offen als Möglichkeit der Bewältigung der Widersprüche dargestellt wird. Es ist klar, daß sich unser Kampf zuerst und vor allem gegen diese Alt- und Neonazis richten muß. Wir können aber auch nicht zulassen, daß durch 'Reformen' die langfristige Stabilierung der bestehenden Herrschaftverhältnisse angestrebt wird. Es ist vielmehr unsere Aufgabe , die Reformbestrebungen in unserem Sinne zu beeinflussen, das heißt, ihnen eine wirklich demokratischen Inhalt zu geben.

Wenn man alle diese Schwierigkeiten sieht, könnte man zu der Ergebnis kommen, daß unsere Forderungen sowieso keinerlei Aussicht auf Bewilligung haben. Das ist jedoch falsch, denn unser aktiver Einsatz für unsere eigenen Interessen, das solidarische Handeln aller Mitglieder des Fachbereichs, ist ein politischer Faktor, der nicht einfach ignoriert werden kann.
Unsere Forderung nach 35 Lehrkräften und 62 ooo DM für Mentoren ist nur ein erster Schritt. Aber dieser erste Schritt muß gemacht werden, damit andere folgen können. Ohne ausreichend viel Lehrkräfte ist die inhaltliche Verbesserung unserer Ausbildung illusorisch. Massenseminare und damit verbunden Gruppen isoliert arbeitender Studenten sind nicht geeignet, die wissenschaftliche Erarbeitung erziehungswissenschaftlicher Fragestellungen zu ermöglichen.
Wenn wir eine Verbesserung unserer Ausbildung fordern, tun wir das nicht um uns irgendwelche Privilegien zu sichern, sondern wiel wir uns der politischen Bedeutung der auf uns zukommenden Aufgaben gerade im Bereich der Bildung bewußt sind.
Um unsere Forderungen durchzusetzen, müssen wir kämpfen.
Wir lassen uns nicht mit immer neuen Verprechungen und Vertröstungen zum Narren halten.
Wir haben unsere Minimalforderungen als solche gestellt und wir werden uns nicht mit weniger zufrieden geben.
Deshalb stimmen wir für den Streik!

P.S. Neueste Meldung von Fischer- Appelt (Uni- Präsident und Abwiegler):
'Sie bekommen 4o Mentoren und Teile der für 1972 bewilligten Stellen werden vorgezogen um die Situation im Fachbereich zu verbessern.

Anmerkung: Der gesamte Stellenplan '72 besteht aus weniger Stellen als wir als Minimales zur Verbesserung der Situation gefordert haben, außerdem würden wir dann 1972 so gut wie gar nichts mehr bekommen.

Herausgeber:
STREIKRAT
Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit
H. Gohl, U. Wibben

3/116